

KOMMENTAR

Peinlich

WELTSIEDLUNGSGIPFEL

Der deutsche Auftritt bei der Siedlungskonferenz der Vereinten Nationen in Quito war kein Ruhmesblatt für Deutschland. Von Montag bis Donnerstag haben sich bei Habitat III etwa 36 000 Teilnehmer aus 192 Ländern über nachhaltige Stadtentwicklung ausgetauscht. Zum ersten Mal seit 20 Jahren. Wer fehlte: hochrangige Vertreter der Bundesregierung!

Ursprünglich hatten Bundesentwicklungsminister Gerd Müller und Bundesbauministerin Barbara Hendricks nach Quito reisen wollen. Müller hatte relativ früh abgesagt. Zwei Tage vor Beginn der Konferenz sickerte schließlich durch, dass auch Hendricks nicht kommen würde. Eine offizielle Absage gab es nicht. Hendricks sei bei den Budgetverhandlungen in Berlin unabkömmlich, sagte eine Vertreterin des Bauministeriums auf Nachfrage in Quito. Die Entscheidung dazu sei schon in der Vorwoche gefallen – als ihr Stab noch fleißig Einladungen zu Veranstaltungen mit Hendricks verschickte und die Programmhefte längst gedruckt waren. So wurde Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller unverhofft der höchste deutsche Vertreter bei der UN-Konferenz. Er schlug sich tapfer, aber er ist kein Minister.

Deutschland strebt einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an. Deutschland hat den Anspruch, nicht nur in der Entwicklungspolitik weltweit Einfluss auszuüben. Vor diesem Hintergrund hätte die Regierung – wie andere Länder auch – in Quito einen schlagkräftigen Auftritt hinlegen müssen und auf diesem Forum von Staatschefs, Bürgermeistern von Millionenstädten und Vertretern der Zivilgesellschaft klare Kante zeigen müssen. Das bedeutet auf der internationalen Bühne: hochrangiges Personal, das Kontakte knüpft. Wenn man bedenkt, dass die Regierung ursprünglich die Konferenz sogar nach Deutschland holen wollte, wird klar, wie rapide es mit dem Interesse bergab ging und welches Zeichen dies an die Welt ist. Und das bei einem Thema, das so wichtig ist!

Immer mehr Menschen ziehen in Städte. 2050 werden nach Schätzungen der Vereinten Nationen dort zwei Drittel der Weltbevölkerung



Katharina Wojczenko
Reporterin

leben. In den Entwicklungs- und Schwellenländern sieht man am deutlichsten, welche Probleme das mit sich bringt: chaotisches Wachstum, Slums, Dauerstau, Umweltverschmutzung, soziale Ungleichheit, im schlimmsten Fall: Krieg. Doch auch in Deutschland können wir nachvollziehen, was passiert, wenn Investoren statt Stadtplaner darüber bestimmen, wie wir leben, wenn Gewerbegebiete sich ins letzte Grün fressen, Schlafstädte entstehen, die Mieten in der Innenstadt explodieren und am Ende gentrifizierte Ödnis bleibt.

Hinzu kommt ein Punkt, den unter all den Bürgermeistern von Asien bis Südamerika einzig die deutschen im dreistündigen Bürgermeisterforum ansprachen: Migranten und Flüchtlinge. Nachhaltige Städte schaffen es, auch sie zu integrieren. Und nachhaltige Städte in den Heimatländern verhindern, dass sie überhaupt fliehen müssen.

Anderthalb Jahre lang haben Regierungen, Tausende Experten sowie Vertreter der Zivilgesellschaft über das Abschlusspapier für Habitat III verhandelt und sich zu Vorbereitungskonferenzen getroffen. Das Papier soll Regierungen, Kommunen und der Zivilgesellschaft Maßnahmen aufzeigen, wie sie Städte und Siedlungen besser gestalten können, wie sie dieses Nachhaltige Entwicklungsziel umsetzen, das die internationale Staatengemeinschaft für den Zeitraum bis 2030 beschlossen hat. So schwammig, wie es formuliert ist, tut es dies nicht. Wie diese hehren Ziele umgesetzt werden, soll nun der „implementation plan“ festlegen. Bleibt zu hoffen, dass sich die Bundesregierung in diesen Prozess mehr einbringt als in Quito.

Katharina Wojczenko@
nordbayerischer-kurier.de

PRESSESTIMMEN

„Süddeutsche Zeitung“ (München) zu Arzneipreisen: Die Mondpreise sind weder durch Herstellung noch durch Forschung und Entwicklung gerechtfertigt. Die Produktionskosten für Medikamente sind meist lächerlich gering, und die Forschung findet zum Großteil in öffentlich finanzierten Universitäten und Instituten statt. Es gilt allein das Motto: Das Leid bestimmt den Preis. Ist das Leben bedroht, werden für Arzneimittel 80 000 Euro oder mehr verlangt.

„Berliner Zeitung“ zu „Reichsbürgern“: Die Gefahr, die von den „Reichsbürgern“ ausgeht, ist sehr real. Zwei ihrer Vertreter haben jetzt innerhalb von zwei Monaten das Feuer auf Polizisten eröffnet. Niemand wird mehr behaupten, dass man dies nicht ernst nehmen müsse. Die „Reichsbürger“ sind ein Teil der wachsenden rechtsextremistischen Bewegung. Die politischen Reaktionen darauf bleiben leider hinter den Erfordernissen zurück. dpa



Der Papst spielt

Der Polizist schaut in Rom neugierig auf ein Werk des italienischen Künstlers Maupal, das Papst Franziskus zeigt, wie er nach dem Strategiespiel Tic-Tac-Toe Friedenszeichen an die Wand malt, während ein Schweizergardist um die Ecke guckt, ob niemand kommt. Foto: Tiziana Fabi/afp

Wer ist „Reichsbürger“?

Vorfälle auch in Oberfranken – Stinkbomben im Bayreuther Rathaus

BAYREUTH
Von Kerstin Fritzsche

Sie akzeptieren die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Gesetzen und gesellschaftlichen Regeln nicht. Sie widersetzen sich Behörden und der Staatsgewalt. Gegebenenfalls mit rücksichtsloser Gewalt: Gestern schoss ein „Reichsbürger“ auf Polizisten. Was wollen „Reichsbürger“, und wer sind sie?

In Deutschland treten seit einigen Jahren Personen und Gruppen in Erscheinung, die sich – mit zum Teil sehr unterschiedlichen Begründungen – auf ein Deutsches Reich berufen und die Existenz der Bundesrepublik leugnen. Die Bundesrepublik und ihre Regierung und damit auch Kommunen sind für sie nicht existent. Grundgesetz, bundesdeutsche Gesetze, Bescheide und Gerichtsurteile erachten sie als nichtig.

Die Bewegung sei sehr zersplittert, sagt eine Sprecherin des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Von Spinnern bis Rechtsextremen sei alles vertreten. Zahlen will oder kann die Behörde nicht nennen. „Was wir aber feststellen, ist ein stetiger Anstieg von wechselnden Gruppierungen in der „Reichsbürger-Bewegung“.

Woher nehmen die sogenannten Reichsbürger ihre Ideen und ihre Ideologie? Die Anfänge reichen bis in die Gründungszeit der Bundesrepublik Deutschland zurück. So behaupten die Akteure, die Bundesrepublik sei illegal entstanden oder im Rahmen der Wiedervereinigung untergegangen und existiere somit als Staat nicht. Stattdessen bezeichnen sie die Bundesrepublik als „GmbH“, deren „Personal“ ihr freiwillig angehöre. Für die „Reichs-

bürger“ existiert das „Deutsche Reich“ in den Grenzen von 1937 fort. Das Spektrum der kruden Ideologien zeigt sich in Rassismus bis hin zur Volksverhetzung und Holocaust-Leugnung.

Auch in Oberfranken und Bayreuth habe die Polizei immer wieder mit „Reichsbürgern“ zu tun, sagt Polizeipressesprecher Jürgen Stadter, betont aber: „Das sind in der Regel Einzelfälle.“ Vor einigen Monaten etwa warf ein Mann, der sich als „Reichsbürger“ bezeichnete, Stinkbomben ins Bayreuther Rathaus, in Banken und ins Finanzamt. Er wurde verurteilt.

Außerdem zeigte er Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe an, weil sie die Bürger nicht darüber informiert habe, dass Deutschland kein freies, sondern ein besetztes Land sei. Darüber hinaus, so Stadter, bäten die umliegenden Ämter die oberfränkische Polizei immer wieder um Amtshilfe, wenn es Probleme mit „Reichsbürgern“ gäbe.

„Reichsbürger“ weigern sich, Bußgelder zu bezahlen

- > Die „Reichsbürger“ verwenden Kennzeichen, die mit Symbolen für das „Deutsche Reich“ arbeiten.
- > Sie haben eigene Dokumente und erkennen die gängigen Papiere nicht an.
- > Bei Meldebehörden werden „Reichsbürger“ vorgestellt, um ihre Personalausweise abzugeben.
- > Sie weigern sich, öffentliche Gebühren und Bußgelder zu bezahlen.
- > Sie erteilen Behörden Hausverbote, Grundstücksbetretungs- und Zustellverbote und beschimpfen Beamte als „Straftäter“.
- > Sie drohen Bediensteten und anderen „Eindringlingen in ihr Gebiet“ mit Gewalt bis hin zur „Todesstrafe“.

Weichen für atomare Altlasten gestellt

Kabinett beschließt Gesetz – Konzerne zahlen, um Endlager-Haftung an die Steuerzahler loszuwerden

BERLIN

Der Milliarden-Entsorgungspakt zwischen Staat und Atomkonzernen rückt näher. Ein Gesetzentwurf liegt vor. Die Unternehmen zahlen Milliarden, um die Endlager-Haftung an die Steuerzahler loszuwerden. Noch steht der Deal nicht, der Zeitplan ist ehrgeizig.

Mehr als fünf Jahre nach dem Beschluss zum Atomausstieg hat die Bundesregierung die Weichen für einen Milliardenpakt zur Entsorgung der atomaren Altlasten gestellt. Das Kabinett brachte am Mittwoch einen Gesetzentwurf auf den Weg, um sich mit den Stromkonzernen Vattenfall, Eon, RWE und EnBW über die Finanzierung des Atomausstiegs abschießend zu verständigen.

Geplant ist, dass der Staat den Unternehmen die Verantwortung für die Atommüll-Endlagerung abnimmt. Dafür müssen sie mehr als 23 Milliarden Euro an einen Staatsfonds überweisen. Für Stilllegung und Abriss der Atomkraftwerke bleiben die Unternehmen verantwortlich. Zustimmung müssen

noch Bundestag und Bundesrat. Auch die EU-Kommission muss prüfen, ob es sich um Beihilfen handelt. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hofft, dass das Gesetz noch im Winter in Kraft tritt. Geplant ist dies bis Ende Dezember. Die Stromkonzerne pochen auf einen raschen Vertrag mit dem Staat.

Mit dem Gesetzespaket wird ein Vorschlag einer Expertenkommission umgesetzt. Danach sollen die vier Stromkonzerne ab Januar bis zum Jahr 2022 rund 23,55 Milliarden Euro bar in einen staatlichen Fonds überweisen, der die Zwischen- und Endlagerung von Atommüll in den nächsten Jahrzehnten managen soll. Das Geld stammt aus dem Finanzpolster der Unternehmen, den sogenannten Rücklagen, und enthält einen Risikozuschlag von fast 6,2 Milliarden Euro.

Im Gegenzug für den Milliarden-Risikoaufschlag können sich die Unternehmen von einer Haftung bis in alle Ewigkeit „freikaufen“ – dieses Risiko würde dann beim Steuerzahler liegen. Je später die Konzerne überweisen, desto teurer wird es für sie. Die an den

Fonds zu überweisende Summe fällt geringer aus, als nach dem Vorschlag der Kommission fällig wäre. Auch sollen längere Ratenzahlungen bis Ende 2026 möglich sein. Es ist offen, ob es bei dem Zeitplan bleibt. Eine Frage ist auch, ob Konzerne Klagen gegen den Bund fallenlassen.

Staat sichert sich Geld, das bei Konzernpleiten verloren wäre

Für Stilllegung und Rückbau der Kernkraftwerke sowie Verpackung des radioaktiven Abfalls sollen die Unternehmen verantwortlich bleiben. Der Staat würde mit dem Fonds Geld für den Atomausstieg sichern, das bei Konzernpleiten verloren wäre. Das letzte Atomkraftwerk in Deutschland soll 2022 vom Netz gehen. Aktuell sind acht in Betrieb.

Nach den Worten Gabriels wird sichergestellt, dass die Finanzierung für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung langfristig gewährleistet werde, „ohne dass die Kosten einseitig auf die Gesellschaft übertragen werden und ohne die wirtschaftliche Situation der Betreiber

zu gefährden“. Eon fordert eine zügige Gesetzgebung sowie den raschen Abschluss einer Vereinbarung zwischen Bund und Betreibern.

Der Gesetzentwurf werde eingehend geprüft. Eon werde im Interesse einer gemeinsamen und endgültigen Lösung mit den „öffentlichen Stellen“ konstruktiv zusammenarbeiten, teilte das Unternehmen mit.

Der Chef der Regierungskommission und frühere Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hält die Verabredung zwischen Regierung und den Atomkonzernen für solide finanziert. Für Stilllegung und Abriss von Atomanlagen, was in die Zuständigkeit der Unternehmen falle, müssten 60 Milliarden Euro aufgebracht werden, sagte er der ARD. Unternehmen könnten sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Die Umweltorganisation BUND fordert deutliche Nachbesserungen zugunsten der Steuerzahler. Den Betreibern seien 1,4 Milliarden Euro erlassen worden, die sie weniger als von der Kommission vorgeschlagen einzahlen müssten. dpa

KALENDERBLATT

20. Oktober

Historische Daten

2014: In Dresden gehen erstmals Anhänger des Anti-Islam-Bündnisses „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) auf die Straße.

2001: Im Kampf gegen das Talibanregime in Afghanistan liefern sich US-Spezialkommandos erstmals Bodenkämpfe mit Talibanmilizen.

1934: Die Bekennende Kirche verkündet das Notrecht und will sich durch Schaffung eigener Organe der Einordnung in den NS-Staat entziehen.

Geburtstage

1966: Stefan Raab (50), TV-Moderator, Musiker und Musikproduzent

1946: Elfriede Jelinek (70), österreichische Schriftstellerin, Literaturnobelpreis 2004 („Lust“, „Die Klavier-spielerin“)

Todestage

2014: Ursula Lingen, deutsche Schauspielerin und Theaterintendantin, Intendantin der Hamburger Kammerspiele 1989-91, geb. 1928

2013: Dimitar Gotscheff, bulgarischer Theaterregisseur, geb. 1943 dpa